Umwelt

Gefährliche Holzöfen

Private Holzöfen und -kamine erhöhen die Feinstaubbelastung in Deutschland erheblich. Dies geht aus Datensätzen einzelner Bundesländer hervor, die das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau aufgearbeitet hat. Nach den Berechnungen der Experten liegen die Emissionen aller Kleinfeuerungsanlagen teilweise über den Gesamtemissionen aus dem Straßenverkehr. Sie tragen damit im Herbst und Winter maßgeblich zur Überschreitung der Grenzwerte bei. In Deutschland werden derzeit über 14 Millionen kleine Öfen und 700 000 Kesselöfen für Wohnanlagen betrieben. Nach den Modellrechnungen des UBA ist insbesondere Süddeutschland vom Staub der Verbrennungsanlagen betroffen, dort sind es vor allem die Wohlstandsregionen um München und Stuttgart. Auch das Rhein-Main-Gebiet weist hohe Belastungen aus. Gesetzlich darf der Grenzwert von 50 Mikrogramm an nicht mehr als 35 Tagen pro Jahr überschritten werden. In Stuttgart, Reutlingen, Tübingen, aber auch in Gelsenkirchen und Aachen lag die Zahl der Staubtage im vergangenen Jahr deutlich darüber. UBA-Präsidentin Maria Krautzberger: „Zu viele Holzöfen und -kamine sind Staubschleudern. In Kommunen mit hoher Feinstaubbelastung sollten darum nur noch Anlagen betrieben werden dürfen, die den neuesten Emissionsstandards entsprechen.“ red

Konjunktur

Widerstand gegen Merkels Rentenpläne

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stößt mit dem Versprechen, die Ostrenten dem Westniveau anzugleichen, auf Widerstand in ihrer eigenen Partei. „Es muss irgendwann Schluss damit sein, mit dem Füllhorn übers Land zu ziehen“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion Joachim Pfeiffer (CDU). „Wir müssen unsere Versprechen für neue Leistungen endlich wieder an den wirtschaftlichen Realitäten orientieren.“ Auch führende SPD-Politiker fordern angesichts des leicht schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2014 eine stärkere Betonung der Wirtschaftspolitik, ohne dabei die Rentenpolitik zu kritisieren. „Der Erfolg der letzten Jahre darf kein Ruhekissen sein“, so Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil. „Wir müssen den Grundlagen unserer Wirtschaft wieder wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen.“ Unterstützung erhält er von Wolfgang Tiefensee, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. „Der Rückgang der Wirtschaftsleistung ist ein Warnsignal.“ Der CSU-Mittelstandsexperte Hans Michelbach beklagt Versäumnisse bei den Koalitionsverhandlungen. „Jetzt rächt sich, dass im Koalitionsvertrag weder Investitionsanreize noch die Beseitigung der kalten Progression im Steuerrecht vereinbart wurden. So kann es nicht weitergehen.“ gor, mp

Turbo-Abi

G8 = G9

Schüler, die ihr Abitur nach acht Jahren Gymnasialzeit ablegen, sind in der Schule genauso erfolgreich wie G9-Gymnasiasten. Die Vermutung, ihre Leistungen litten unter einer verkürzten Schulzeit, lässt sich nicht belegen. Zu diesem Schluss kommt der „Bildungsmonitor 2014“ im Auftrag der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wird. Es könnten „weder eindeutig positive noch negative Effekte festgestellt werden“, heißt es darin. „Die Leistungsvergleiche zwischen beiden Gruppen sind spektakulär unspektakulär“, sagt Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, das die Untersuchung durchführte. Die Forscher hatten 22 Bildungsstudien zur Schulzeitverkürzung ausgewertet. Sie räumen allerdings ein: „Eine umfassende wissenschaftliche Evaluation der Wirksamkeit der G8-Reform auf die Bildungsergebnisse fehlt bislang.“ Verglichen wurden außerdem die Lebenszufriedenheit sowie das außerschulische Engagement beider Schülergruppen. Einer der Hauptvorwürfe der G8-Gegner lautet, die Kinder hätten keine Freizeit mehr. Das Ergebnis: Obwohl sie tatsächlich weniger Zeit zur freien Verfügung haben als G9-Gymnasiasten, betreiben die G8-Schüler mehr „bildungsorientierte Freizeitaktivitäten“ wie Sport, Musik und Ehrenamt. Ein Problem ist das offenbar nicht: Beide Schülergruppen seien im Durchschnitt „gleich zufrieden mit ihrem Leben“, meinen die Forscher. him, lgr

Odenwaldschule

Mögliche Übernahme

Ehemalige Schüler der Odenwaldschule bereiten sich auf eine mögliche Übernahme des finanziell angeschlagenen und mit internen Macht- und Richtungskämpfen beschäftigten Internats vor. Es gebe „konkrete Überlegungen“, die Einrichtung in eine gemeinnützige GmbH zu überführen, heißt es in einem Rundbrief an Mitglieder der Altschülervereinigung und des Förderkreises der Odenwaldschule.

FOTOS: STEFAN BONESS / IPON (O.); GABY WOJCIECH / VISUM (U.)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel